

## **Antrag an den Jugendhilfeausschuss Hamburg Nord 22.02.2012**

Betr. Schlüsselentwicklung für Rahmenzuweisungen an die Bezirksämter – Haushaltsplan Entwurf 2013/2014

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Der JHA Nord weist die vorgesehenen Kürzungen um 10 % in den Zuwendungen der Fachbehörde (BASFI) in den Bereichen

- Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit (Titel 4440.684.81)
- Förderung der Erziehung in der Familie (Titel 4450.684.81)
- Sozialraumorientierten Angebote der Jugend- und Familienhilfe (Titel 4450.684.82)

als fachlich nicht zu rechtfertigenden erheblichen Eingriff in die soziale Versorgung der Kinder, Jugendlichen und Familien in Hamburg Nord in den genannten Arbeitsfeldern zurück.

Der Jugendhilfeausschuss fordert die Bezirksversammlung auf diese Position in die Stellungnahme des Bezirkes gegenüber der Fachbehörde aufzunehmen.

### **Begründung:**

Bereits heute sind die aus diesen Titeln finanzierten Angebote nicht ausreichend ausfinanziert.

Die Notwendigkeit der Angebote und Einrichtungen ist unstrittig.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit lebt seit vielen Jahren mit Haushaltszuweisungen, die den fachlichen Handlungsspielraum der Einrichtungen immer weiter eingeschränkt haben und sich als im fachlichen Sinnen nicht auskömmlich erweisen. Ein Verweis auf mögliche Kooperationen mit Schule im Rahmen von GBS berücksichtigt nicht, dass neue Angebote und Arbeitsformen in der Implementierung mehr und nicht weniger Geld benötigen – außerdem sind von GBS und Ganztagschule nur ein Teil der in der offenen Kinder- und Jugendarbeit angesprochenen Altersgruppen betroffen.

Der Haushaltstitel „Förderung der Erziehung in der Familie“ hat sich bereits in diesem Haushaltsjahr als erheblich unterfinanziert erwiesen – auch hier sind steigende und nicht sinkende Bedarfe deutlich.

Die sozialräumlichen Angebote (SAE) in Hamburg Nord leisten schon heute einen erheblichen Teil zur Begrenzung der gesetzlichen Aufgaben im Bereich Hilfen zur Erziehung – eine Reduzierung in diesem Titel widerspricht dem Ziel der angestrebten Kostendämpfung im Bereich der gesetzlichen Leistungen.

Michael Schilf  
GAL

Marcus Müller  
CDU